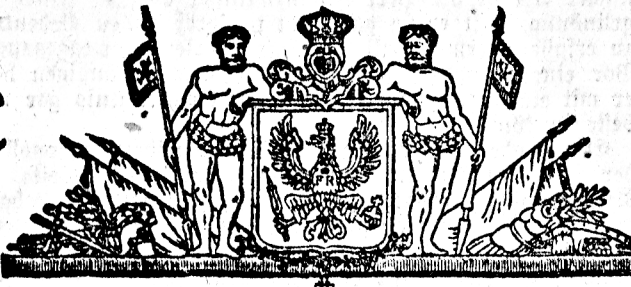


Wolffsche



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Sauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Inkrafttreten des Friedens vor Weihnachten?

Loucheur über die Beratungen.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

* Basel, 17. Dezember.

Der Pariser Berichterstatter der Basler „Nationalzeitung“ meldet, daß man in Paris das Inkrafttreten des Friedens noch vor Weihnachten erwartet.

Paris, 17. Dezember. (W. E. B.)

Minister Loucheur erklärte laut „Temps“ heute im Flücherrat, die gestrige Antwort der deutschen Kommission lasse darauf schließen, daß die deutschen Sachverständigen andere Angebote, die man hätte erwarten können, nicht machen wollten. Die deutsche Regierung scheine nur die Hälfte des verlangten Hafensmaterials liefern zu wollen, doch herrsche der Eindruck, daß die Unterredungen auf gutem Wege seien und in Kurzem zu einem Einverständnis führen würden.

Heute vormittag hat unter dem Vorsitz des italienischen Admirals Grassi eine Sitzung der alliierten und deutschen Marinevertreter stattgefunden, und heute nachmittag sind die beiden Kommissionen mit der Wiedergutmachungskommission zu einer Vollzung zusammengetreten.

Laut „Temps“ wären jetzt nur noch die Maßnahmen zur Übernahme der Verwaltung in den Gebieten zu beraten, die geräumt werden müssen, sowie andere Einzelheiten für die Ausführung des Friedensvertrages. Man nehme an, daß diese Vereinbarung rasch erfolgen könnte, so daß dann nichts mehr dem Austausch der Ratifikationsurkunden im Wege stehe.

Gasas teilt mit: „Wir glauben zu wissen, daß die Vorschläge der deutschen Delegierten dahin gehen, daß die Menge des verlangten Hafensmaterials vermindert wird und anstatt der im Protokoll vorgesehenen Einzelheiten gegenwärtig im Bau befindliche zu liefern wären.“

Keine Verquickung der Gefangenfrage.

Eine dementierte „Äußerung Clemenceaus“.

Das Wolffsche Telegraphenbüro berichtet: In der durch W. E. B. am 9. d. Mts. mitgeteilten Instruktion an Herrn von Versner war dieser gebeten worden, Herrn Dutasta zu fragen, ob die Setzungsnachricht zuträffe, wonach Herr Clemenceau die Herausgabe der deutschen Gefangenen ausländischen Journalisten gegenüber von dem Eintreffen deutscher Arbeiter im Wiederaufbaugelände abhängig gemacht haben sollte.

Auf eine von Herrn Versner bezwungen an Herrn Dutasta gerichtete Frage erklärte dieser, es sei unrichtig, daß Herr Clemenceau Pressevertretern gegenüber geäußert habe, die Herausgabe von Gefangenen mit anderen Fragen verquickend zu wollen. Dies entspreche nicht den Absichten des Herrn Clemenceau, der die Gefangenfrage mit keiner anderen verknüpfen wolle.

Clemenceau sollte sich nach einer schweizerischen Meldung, die in einem deutschen Provinzialblatt erschienen war, erklärt haben, daß die deutschen Kriegsgefangenen erst herausgegeben werden, wenn 800 000 deutsche Arbeiter unter den gleichen Bedingungen im Wiederaufbaugelände die Arbeit aufgenommen hätten. Diese höchst zweifelhafte Meldung wurde als „Nachricht aus Paris“ in dem „von maßgebender Stelle“ herührenden Kommentar angeführt, mit dem das Wolffsche Telegraphenbüro am 27. November die Note des Obersten Rates vom 22. November der Öffentlichkeit vorlegte.

Die Antwort der Entente.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

* Rotterdam, 18. Dezember.

Aus London kommt die wenig wahrscheinlich klingende Nachricht, daß die Verbündeten den Wortlaut der Antwort auf die letzte deutsche Note bereits festgesetzt haben. Dagegen wird aus Paris gemeldet, daß die Antwortnote des Obersten Rates erst nach Abschluß der Besprechungen mit den deutschen Sachverständigen fertiggestellt wird. Wie es heißt, wird die Antwortnote auch die Rückkehr der Gefangenen und die Auslieferungsforderung betreffen, doch werden diese Ausführungen rein formalen Charakter haben, weil Deutschland von diesen Fragen die Unterzeichnung des Protokolls nicht abhängig gemacht hat. Die Verbündeten benutzen, wie in Paris erklärt wird, die Gelegenheit, um Deutschland über ihre Haltung aufzuklären.

Die Stellung Frankreichs und Englands zu den Vorbehalten.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

b. Genf, 17. Dezember.

Der „Temps“ stellt fest, daß Frankreich keinen einzigen der Vorbehalte des amerikanischen Senats als unannehmbar betrachte und daß England lediglich die Streichung der Einleitung zu den von dem Senat angenommenen Vorbehalten wünscht. Praktisch machten also die Alliierten der Ratifikation, so wie sie von dem Senat gewünscht wird, keinerlei Schwierigkeiten. Es handele sich folglich nur um eine Frage der Eigenliebe, wer in Washington den ersten Schritt tun soll.

Englisches Kohlenausfuhrverbot.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

bs Rotterdam, 18. Dezember.

Der englische Steinkohlen-Kontrollleur hat die Ausfuhr von englischen Kohlen verboten. Gestern erreichten die Exportpreise die nie gekannte Höhe von fünf Pfund, fünf Schilling pro Tonne, gegen 50-60 Schilling im dritten Vierteljahr 1919. Aus Washington wird gemeldet, daß die Ausfuhr von Kohle nach Europa weiter verboten bleibt. Da aber das Bunkerungsverbot für ausländische Schiffe aufgehoben ist, so werden Schiffe zum Bunkern genügend Kohle erlangen können.

London, 18. Dezember. (S. N.)

Schatzkanzler Chamberlain hielt im Unterhaus eine längere Rede über die Wiederherstellung des Kreditmarktes. Er erklärte, es gäbe nur zwei Mittel zur Herbeiführung einer Besserung der Weltfinanzlage und zwar erstens eine erhöhte Erzeugung und zweitens die Einstellung von neuen Anleiheaufnahmen. In bezug auf internationale Kredite erklärte er, die englische Regierung werde zusammen mit Amerika und den übrigen Alliierten an einer schnellen Regelung zusammenarbeiten. England sei gern bereit, an einem Weltplan für großangelegte Kredite und eine Neu belebung des europäischen Wirtschafts- und Handelslebens mitzuwirken.

Die Erklärung des englischen Schatzkanzlers, daß England bereit sei, an Wiederaufbau Europas und an der Neu belebung des europäischen Handels mitzuwirken, steht in schroffem Widerspruch zu dem gleichzeitig bekanntwerdenden

englischen Kohlenausfuhrverbot. Die „Eletis“, die wir immer gegenüber allen englischen Wiederaufbauplänen für Europa für angebracht gehalten haben, erweist sich also auch in diesem Falle als durchaus am Platze. Europas Wirtschaftsnote, die zu einem großen Teile eine Kohlennot ist, kann nicht behoben werden, wenn man den Kohlenmangel in Europa verschärft. Solche Nachrichten mahnen dazu, die kontinental-europäischen Kohlenräte ausschließlich der wirtschaftlichen Kontrolle der kontinentalen Länder vorzubehalten, damit eine europäische Kohlenwirtschaft, die auf der gleichmäßigen Wahrung der wirtschaftlichen Lebensinteressen aller europäischen Länder aufgebaut ist, zur Wirklichkeit werden kann. Sie muß zur Wirklichkeit werden, wenn der Kontinent in den nächsten Jahren auch nur in bescheidenstem Umfange vor katastrophalen Folgen, die aus englischen oder amerikanischen Kohlenausfuhrverboten hervorgehen könnten, bewahrt bleiben will. Die internationale Organisation der europäischen Energiewirtschaft, verbunden mit höchster maschinentechnischer und arbeitstechnischer Steigerung der Produktion sind die einzigen Mittel, die europäischen Volkswirtschaften vor dem hoffnungslosen Elend einer dauernden und brüderlichen Abhängigkeit von der jeweiligen Kohlenpolitik Englands zu bewahren.

Die Ägypter gegen das englische Protektorat.

Kairoer Blätter veröffentlichen eine Proklamation, in der das ägyptische Volk zum Protest gegen die Mission Milners aufgefordert wird. In der Proklamation heißt es, daß die ägyptische Frage internationalen Charakter habe, und daß die Ägypter ein Protektorat Englands nicht anerkennen, vielmehr die politische Unabhängigkeit verlangen und die Vornahme einer Volksabstimmung unter der Herrschaft des Belagerungszustandes ablehnten.

Phantasia-Finzen.

Von Georg Bernhards.

Reichsfinanzminister Erzberger gehört zu den Menschen, die niemals zu verblüffen sind. Er entwirft nie schließliche immer alle Gegner durch eine ans Burleske grenzende Hoffnungsfreudigkeit, die köstlich nativ auch den Mißerfolg in einen Erfolg, die Niederlage in einen Sieg umdeutet. In dem Duell Friedberg-Erzberger ist deshalb Erzberger dem Parlament gegenüber, das nicht sachlich, sondern nach demagogischen Schlagworten urteilt, zunächst Sieger geblieben. Das Reich hat den Betrag von 5 Milliarden Sparprämienanleihen zur Zeichnung aufgelegt. Davon sind 3,8 Milliarden Markt gezeichnet worden. Da dieses Resultat beinahe zehn Tage nach Abschluß des bereits verlängerten Zeichnungstermins veröffentlicht wurde, so kann man wohl annehmen, daß das endgültige Ergebnis nicht allzuweit von der zunächst bekanntgegebenen Ziffer abweichen wird. Ein normaler Börsenmann würde das Resultat bewerten: Die Anleihe ist mit 20 pCt. unterzeichnet. Der Reichsfinanzminister aber sagte freudig lächelnd: „4 Milliarden, das sind 80 pCt., ist aber immerhin ein ganz schöner Erfolg.“

Gerade er durfte das nicht sagen. An und für sich kann man gewiß darüber streiten, ob ein Betrag von nahezu 4 Milliarden nicht dem erschöpften Deutschland eine recht schöne Summe wäre. Aber der Finanzminister hat doch geklaubt, mindestens 5 Milliarden zu bekommen. Wenn sonst hätte er doch nicht diesen festen Betrag zur Zeichnung aufgelegt, sondern würde es ähnlich gehalten haben, wie es bei den Kriegsanleihen die Regel war, nämlich die Anleihe zur freien Zeichnung zu stellen, ohne einen bestimmten Betrag anzugeben. Der Reichsfinanzminister vergißt aber außerdem die Kleinigkeit (was in der deutschen Nationalversammlung natürlich nicht bemerkt worden ist), daß diese 4 Milliarden nur 2 Milliarden neue Zeichnungen enthalten. Denn die Zeichner waren berechtigt, auf die Hälfte ihrer Zeichnungen zum Nominalwert alte Kriegsanleihen in Zahlung zu geben, und es wohl selbstverständlich, daß beim augenblicklichen Kursstand der Kriegsanleihen jeder Zeichner von diesem Recht Gebrauch gemacht hat. Bei der zweifelslos geschickten Konstruktion der Sparprämienanleihe, insbesondere angesichts des sehr großen Verlosungsanreizes, haben auch die Bestmisten deshalb Neigung gezeigt, einen viel größeren Umtausch und daher auch ein viel höheres Zeichnungsergebnis zu erwarten.

Die größte Enttäuschung aber hat wohl die anscheinend ganz verschwindend geringe Beteiligung des Auslandes bereitet. Allerdings ist im Ausland keine große Propaganda betrieben worden. Und auch in den besetzten Gebieten ist von den feindlichen Mächten der Agitation für die Anleihe Widerstand entgegengesetzt worden. Trotzdem muß man aber alles in allem genommen eingestehen, daß das Zeichnungsergebnis einen Mißerfolg darstellt, und vor allem sollte der Finanzminister selbst doch ehrlich zugeben, daß gerade seine durch die Fixierung der zur Zeichnung aufgelegten Summe öffentlich festgelegten Erwartungen enttäuscht worden sind.

Es fragt sich, wie dieser Mißerfolg zu bewerten ist. Der Reichsfinanzminister hat, weil es ihm gerade besonders gut in seinen Kram paßte, der Opferwilligkeit der kleinen Sparer die passivste Resistenz des großen Kapitals gegenübergestellt. Er hätte eigentlich wissen sollen, daß die ganze Werbetätigkeit für die Prämienanleihe in erster Linie sich an das Sparpublikum gewendet hat. Daraus ist in der radikalen Presse ein Vorwurf geschwiebelt worden. Doch wohl mit Unrecht. Es war von vornherein klar, daß eine Anleihe, die mit großen Verlosungschancen ausgerüstet ist, die kleinen Sparer in erster Linie reizen mußte. Denn jeder will dem Glück die Hand bieten. Dazu kam aber, daß die Zinsen auf die Anleihe erst bei der jeweiligen Verlosung der Stücke entrichtet werden. Schon der kleine Sparer kann den regelmäßigen Zinsgenuß nur für einen geringen Teil seiner Kapitalanlage entbehren. Der große Kapitalist aber, der gezwungen ist, mit dem Zinsertrag zu rechnen, und für den namentlich auch die Zinseszinsen eine Rolle spielen, konnte von vornherein mit sehr großen Beträgen als Zeichner gar nicht in Betracht kommen. Insbesondere gilt das für die großen Aktiengesellschaften, die einen Teil ihrer freien Betriebskapitalien und ihrer Reserven in Kriegsanleihen angelegt haben, und vor allem für die Versicherungsgesellschaften, deren ganze Rechnung auf den Zinseszinsen aufgebaut ist. Wenn der Reichsfinanzminister Fachmann und nicht nur Parteipolitiker wäre, so hätte er diese Verhältnisse würdigen müssen und damit vielleicht sogar die Möglichkeit gehabt, seine Auffassung von dem verhältnismäßig guten Erfolg der Anleihe zu stützen. Aber er hätte auf keinen Fall aus der großen Zahl kleiner Zeichnungsbeträge Sabotageabsichten der Finanzwelt und des Großkapitals herleiten dürfen. Im übrigen scheint er selbst nicht einmal die innere Unlogik gemerkt zu haben, die darin lag, daß er sich auf der einen Seite einen Erfolg beschmeichelte, auf der anderen Seite aber Anklagen gegen die angeblichen Verursacher des Mißerfolges erhob.

Nichtig ist allerdings, daß von einer Zeichnungsbegleitung keine Rede war. Doch woher sollte diese wohl kommen? Die Parteien der Nationalversammlung, die gestern be-